

mitarbeiten 01/11

Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: www.buergergesellschaft.de und www.mitarbeit.de G12970

Freiherr-vom-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation 2010

Kein Mensch ist illegal: Die Malteser Migranten Medizin

Die Malteser Migranten Medizin (MMM) ist mit dem Freiherr-vom-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation 2010 ausgezeichnet worden. In den Anlaufstellen der MMM engagieren sich ehrenamtlich arbeitende Ärztinnen und Ärzte für Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus und Menschen ohne Krankenversicherung. Sie übernehmen die medizinische Erstuntersuchung und Notfallversorgung. Der Freiherr-vom-Stein-Preis wird seit 2007 gemeinsam von der Hamburger Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., der Stiftung MITARBEIT und der Humboldt Universität Berlin verliehen. Er ist mit 25.000 Euro dotiert.

Irreguläre Migrant/innen oder Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus, undokumentierte oder unkontrollierte Migrant/innen, Statuslose, Sans-papiers oder Clandestinos: in Deutschland leben schätzungsweise bis zu eine Million Menschen in der Illegalität. »Illegale Migrant/innen« sind in der Regel ausländische Staatsangehörige, die weder über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland noch über eine

Duldung verfügen und denen im Falle der Entdeckung Abschiebung, Ausweisung oder strafrechtliche Ahndung drohen. Menschen ohne Papiere sind eine besonders verletzte Gruppe, die aus Not oder um ihre Lebensgestaltung aktiv in die eigenen Hände zu nehmen, unerlaubt in andere Länder reisen, um dort zu arbeiten oder bei ihrer Familie zu leben. Viele flüchten auch vor Gefahren, die in Europa nicht als

Asylgrund anerkannt werden. Irreguläre Migrant/innen leben in Deutschland in einer Art »Schattenwelt«. Aus Angst vor Entdeckung schotten sie sich vom öffentlichen Leben ab. Der Zugang zu Ressourcen steht zwar im Prinzip auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus offen, die Mitteilungspflicht öffentlicher Stellen verhindert in der Praxis jedoch häufig, dass statuslose Migrant/innen Bildungsangebote, Rechtsschutz und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen.

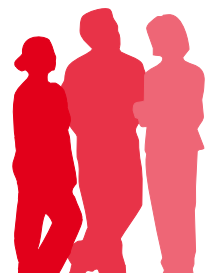
In Deutschland hat sich ein breites Netzwerk der zivilgesellschaftlichen Hilfe und Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltstitel ausgebildet. So gibt es eine Vielzahl von Hilfsorganisationen und Initiativen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die prekäre Lebenssituation irregulärer Migrant/innen zu verbessern. Hier setzt das Angebot der Malteser Migranten Medizin an: sie sorgt ganz praktisch und unbürokratisch für die medizinische Grundversorgung von statuslosen Migrantinnen und Migranten.

Die erste Einrichtung des Malteser-Ordens zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus und Versicherungsschutz wurde 2001 in Berlin eröffnet. »Der Bedarf war enorm«, berichtet Angelika Haentjes-Börger, zuständige Abteilungsleiterin Migration bei den Maltesern. Neben anderen Großstädten und Ballungsräumen wie München, Köln, Frankfurt am Main, Leipzig oder Hamburg haben sich mittlerweile im gesamten Bundesgebiet weitere Standorte und Anlaufstellen der MMM etabliert, die bislang von mehr als 27.000 Patient/innen aufgesucht wurden. Da viele Migrant/innen weder eine Praxis noch ein Krankenhaus aufsuchen wollen oder können, helfen die Malteser dort unter Wahrung der Anonymität. Vernetzungen und Koopera-



Foto: Christian Enger

Medizinische Versorgung und Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland: Die freiwillig Engagierten der Malteser Migranten Medizin erhalten den Freiherr-vom-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation 2010.



(Fortsetzung von Seite 1)

Kein Mensch ist ...

tionen mit Kirchen, Verbänden und Vereinen ermöglichen weitere Hilfe.

Woher erfahren Menschen ohne Krankenversicherung von der Malteser Migranten Medizin? »Das Angebot zur anonymen kostenlosen Erstbehandlung hat sich in den Migranten-Communities schnell herumgesprochen«, so Haentjes-Börger. Die Mund-zu-Mund Propaganda ist dabei die häufigste Form der Verbreitung. Die sprachliche Verständigung zwischen Ärzt/innen und Patient/innen ist bisher nur selten zum Problem geworden, auch wenn die Patient/innen mittlerweile aus 182 verschiedenen Ländern kommen.

In den ehrenamtlich arbeitenden medizinischen Teams sind Ärztinnen und Ärzte verschiedener Fachrichtungen engagiert, wobei es an engagementbereiten Mediziner/innen nicht zu mangeln scheint. Im Gegenteil: »Wir können momentan gar nicht alle Ärzte einsetzen, die an einer Mitarbeit interessiert sind«.

In der Rückschau hat sich in den vergangenen zehn Jahren nach den Worten von Haentjes-Börger viel entwickelt. Die gesellschaftliche und politische Sensibilität für das Thema Statuslose ist gestiegen, davon ist sie überzeugt. Dennoch wünscht sie sich, dass die MMM irgendwann nicht mehr gebraucht wird. Um die Situation irregulärer Migrant/innen und insbesondere deren gesellschaftliche Teilhabechancen zu verbessern, bedarf es in Deutschland jedoch eines Umdenkens: Aufenthaltsgenehmigungen für Geduldete, eine anderen europäischen Ländern vergleichbare Legalisierungskampagne oder die Umsetzung von Härtefallregelungen sind mögliche Lösungsvorschläge.

Informationen zur Malteser Migranten Medizin und zum Freiherr-vom-Stein-Preis im Netz unter www.mitarbeit.de/aktuelle_projekte.html

Information zum Thema Flüchtlinge und Engagement: *Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten* Nr. 24, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2010, ISBN 978-3-941143-05-0, 132 S., 10,- €, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Neuerscheinung

Ein Wegweiser zum eigenen Internetauftritt

Der eigene Internet-Auftritt ist für viele gemeinnützige Organisationen selbstverständlich geworden. Eine gut gemachte Website gilt als Aushängeschild einer Organisation oder eines Vereins. Viele Initiativen, Projekte und Vereine stehen jedoch immer wieder vor dem Problem, ohne große finanzielle Mittel eine ansprechende Website zu konzipieren und dann auch umzusetzen. Doch was macht eine qualitativ gute Webseite aus, was muss sie können und was nicht? Eine neue Publikation der Stiftung MITARBEIT stellt praxisnah den Weg zu einem gelungenen Internet-Auftritt vor.

Über 1,5 Milliarden Menschen nutzen weltweit das Internet. Gemeinsam mit den Nutzer/innen wächst alljährlich die Zahl der verfügbaren Webseiten, Schätzungen gehen weltweit von mindestens 155 Millionen Internetseiten aus.

Auch für gemeinnützige Vereine, Initiativen und NGOs ist es zunehmend selbstverständlich, mit einer eigenen Internetpräsenz im World Wide Web vertreten zu sein. Der Aufwand, der für eine gute Internetpräsenz geleistet werden muss, wird allerdings häufig unterschätzt. Dabei gibt es genügend warnende Beispiele wie die vielen Internetpräsenzen beweisen, deren Qualität stark zu wünschen übrig lässt, weil sie nichts mitteilen, nicht aktuell sind und eher abschrecken als begeistern.

Was gilt es also zu beachten, wenn eine eigene Website ins Netz gebracht werden soll? Grundsätzlich gilt: Eine Website ist ein Medium der Kommunikation und des Beziehungsaufbaus, das vor allem inhaltlich gefüllt werden muss. Damit dieses Unterfangen sinnvoll und effektiv gelingt, bedarf es eines guten Konzepts und einer sorgfältigen Planung sowie technischer und gestalterischer Kompetenz. Diese Investition in Arbeit und Zeit für Konzept und Planung ist die Voraussetzung für eine zügige Umsetzung und ein zufriedenstellendes Resultat.

Andreas Schulte-Hemming empfiehlt kleinen Vereine und Initiativen, im Vorfeld selbstkritisch zu prüfen, ob sich der Gang ins Internet für die eigene Organisation wirklich lohnt: Welche Ziele und Zielgruppen sollen mit einer Website erreicht werden? Mit welchem Aufwand an Zeit und Geld muss gerechnet werden? Steht der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen?

Auch Vereine und Initiativen, die bereits im Netz vertreten sind, können von den Tipps und Hinweisen der Praxishilfe profitieren und Verbesserungen, Korrekturen oder – wenn nötig – eine grundlegende Überarbeitungen ihrer Webpräsenz angehen.

Die Publikation hilft, eine Balance zu finden zwischen dem »Selbermachen« und dem »Abgeben«, zwischen der Entwicklung eigener Kompetenzen und dem Rückgriff auf professionelle Unterstützung. Es wird deutlich, wie es trotz aller gestalterischen und informationstechnischen Herausforderungen und geringer finanzieller Ressourcen gelingen kann, eine qualitätsvolle Website zu erstellen, die den eigenen Erwartungen und denen der Nutzer/innen gerecht wird.

Schulte-Hemming, Andreas: *Erfolgreich ins Netz. Ein Wegweiser zum eigenen Internetauftritt für Vereine, Initiativen und Projekte*. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2011, 122 S., 10,- Euro, ISBN 978-3-941143-09-8, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Brücken bauen im Gemeinwesen

Nonprofit-Organisationen kommt eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung zu. Allerdings wird die Rolle gemeinnütziger Organisationen für die Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Diskussion immer wieder unterschätzt. Dabei existieren auf kommunaler Ebene durch das dichte Netz an gemeinnützigen Diensten und Einrichtungen schon jetzt Partizipationsstrukturen und -potentiale, die im Zuge der Ausweitung der Bürgerbeteiligung aktiviert werden könnten.

Wer sich beim Thema Partizipation allein auf das Verhältnis zwischen Politik/Verwaltung und Bürger/innen konzentriert, übersieht die zivilgesellschaftlichen Partizipationspotentiale im gemeinnützigen Bereich. Die Beteiligung von Bürger/innen am Organisationshandeln setzt jedoch voraus, dass Institutionen und Nonprofit-Organisationen (NPOs) Partizipationsräume anbieten. Umgekehrt benötigt eine Organisation, die sich stärker zur Zivilgesellschaft hin öffnet, Bürger/innen, die ihre Kompetenzen und ihr Wissen einbringen können und wollen. Erfolgreiche Bürgerbeteiligung in Organisationen hängt also sowohl von den Partizipationsressourcen der Bürgergesellschaft als auch von den institutionellen Beteiligungsangeboten ab.

Vielfach ist jedoch die interne Partizipationskultur in gemeinnützigen NPOs und ihr Umgang mit beteiligungswilligen Bürger/innen wenig entwickelt: Die verschiedenen Stakeholder einer gemeinnützigen Einrichtung werden tendenziell als Bedrohung statt als Chance empfunden. Stakeholder gelten als Einflussfaktoren, die die Handlungsspielräume einer Organisation gefährden. Infolgedessen setzen NPOs im Verhältnis zu ihren zivilgesellschaftlichen Partnern eher auf Kontrolle statt auf Kooperation, Vernetzung und Partizipation.

Nach Ansicht von *Dr. Brigitte Reiser*, Beraterin von NPOs, dominiert im gemeinnützigen Sektor die Haltung, Dinge für andere zu tun statt *gemeinsam* mit ihnen. Insofern setzen gemeinnützige (Sozial-)

Einrichtungen, wenn es um ihre Zukunft geht, eher auf eine binnenorientierte Perspektive, die sich an Effizienz und Effektivität und somit an einem »ökonomischen Paradigma« orientiert, das dem Beteiligungsgedanken häufig im Wege steht. Für *Reiser* ist jedoch klar: Wenn die Demokratisierung des Dritten Sektors vorangetrieben werden soll, dann muss sich dieser von seiner professionellen Dominanz verabschieden. Die Zukunft gehört kooperativen Modellen, bei denen Bürger/innen und Sozialeinrichtungen gleichberechtigt miteinander soziale Dienstleistungen konzipieren und erbringen. Der Wandel lokaler Institutionen hin zu einer kooperativen Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft ist dabei eine Grundvoraussetzung für eine Demokratisierung der Interaktion zwischen Bürger/innen und Organisationen auf örtlicher Ebene. Nur so können gemeinnützige Organisationen im Sozialsektor die demokratiepolitische Rolle ausfüllen, die jetzt schon in ihnen angelegt ist.

Den Beitrag von Brigitte Reiser veröffentlicht die Stiftung MITARBEIT im Frühjahr 2011 in der Publikation »Die Zukunft der Bürgerbeteiligung«. Vorbestellungen sind über die Geschäftsstelle möglich.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Bürgerbeteiligung und Klimaschutz

Kommunale Klimaschutzmaßnahmen mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden durchsetzen: das ist das Anliegen des gemeinnützigen Vereins »BürgerBegehren Klimaschutz« (BBK). Der bundesweit agierende Verein unterstützt engagierte Bürgerinnen und Bürger, lokale Gruppen, Initiativen und Kampagnen, die mit direktdemokratischen Mitteln den Klimaschutz fördern wollen.

Viele klimapolitische Entscheidungen werden in Kommunen und Bundesländern getroffen. So laufen beispielsweise in den nächsten Jahren bundesweit kommunale Konzessionsverträge für die Nutzung der Stromnetze aus. Dies eröffnet den Kommunen neue Handlungsspielräume beim Aufbau einer bürgernahen, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Energieversorgung. Vor diesem Hin-

tergrund arbeitet der Verein daran, wirksame Klimaschutzmaßnahmen in Verfahren der Bürgerbeteiligung umzusetzen. Klimapolitisch bedeutsame und per Bürgerentscheid beeinflussbare Arbeitsfelder sind Fragen der kommunalen Kontrolle über die Stromnetze und die Herkunft des Stroms – Stichwort Rekommunalisierung –, des Ausbaus erneuerbarer Energien oder der Verhinderung neuer Kohlekraftwerke.

Als weitere Zukunftsthemen identifiziert die Initiative zudem die Förderung klimafreundlicher Mobilität oder lokale Regelungen zum klimaschonenden Bauen. Der Verein stellt handlungsorientierte Infoblätter, Checklisten und Gutachten zusammen, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg ins Thema erleichtern sollen und gibt konkrete Tipps zur Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist es, über eine bundesweite Bewegung lokaler Klimaschutzinitiativen die Politik vor Ort zu einem verbesserten Klimaschutz und zum Ausbau erneuerbarer Energien zu bewegen. Dabei arbeitet der BBK nach eigenen Angaben partei- und organisationsübergreifend, kostenlos und unbürokratisch. Finanziert wird die Arbeit durch Spenden sowie Zuwendungen von der *Stiftung Gekko* und der *European Climate Foundation*.

Nähere Informationen unter www.buerger-begehren-klimaschutz.de

Kommune gemeinsam gestalten

Die Beteiligung der Bürger/innen und der lokalen Wirtschaft an Entscheidungsprozessen vor Ort bietet eine Fülle an Chancen. Allein die Möglichkeit, Akteure als »Sachverständige ihrer eigenen Lebenswelt« zu gewinnen, eröffnet vielfältige Potenziale für die Entwicklung des Gemeinwesens.

Die Initiierung und Realisierung entsprechender Kooperations- und Beteiligungsprozesse stellt allerdings auch eine Herausforderung dar. Die Initiator/innen stehen vor der Aufgabe, die Verfahren erfolgreich, nachhaltig und für alle Teilnehmenden zufriedenstellend zu gestalten. Es gilt, Beteiligungsverfahren auszuwählen, die den Zielen und den Akteurskonstellationen am Besten entsprechen. Gleichzeitig muss der Prozess Flexibilität zulassen, um eine rasche Reaktion bei Veränderungen und Störungen zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt des Seminars »Kommune gemeinsam gestalten – Beteiligungsprozesse zwischen Bürger/innen, Wirtschaft und Kommune initiieren, realisieren und managen« (27. bis 28. Mai 2011 in Mülheim an der Ruhr) steht die Frage, wie eine kooperative, beteiligungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Bürgergesellschaft, lokaler Wirtschaft und Kommune angestoßen und ausgestaltet werden kann. Wo liegen die Ansatzpunkte und Chancen? Welche Probleme können auftreten und welche alternativen Lösungswege gibt es? Das Seminar beschäftigt sich mit der praktischen Umsetzung von Beteiligungs- und Kooperationsprozessen und bietet Raum, um Fragestellungen, Probleme und Themen der Teilnehmenden einzubeziehen und zu bearbeiten.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de)

Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Für die Öffentlichkeitsarbeit von Non-Profit-Organisationen, Initiativen und Projekten ist eine eigene Website unverzichtbar. Die Erstellung oder Veränderung einer Website braucht eine klare Konzeption. Dazu gehört die Klärung, an wen sich die Website richten soll und welche technischen Möglichkeiten zu dieser Ausrichtung passen. Dabei gilt: auch mit einem kleinen Budget

lässt sich die Öffentlichkeitsarbeit auf das Internet ausdehnen.

Im Rahmen des Seminars »Endlich eine gute Homepage« (20. bis 21. Mai 2011 in Köln) erarbeiten die Teilnehmenden das Konzept und einen Aktionsplan für einen geplanten oder einen verbesserten Internet-Auftritt ihrer Organisation.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de)

Arbeit im Verein

Immer mehr Initiativen und Projekte sind darauf angewiesen, sich rechtlich verbindliche Grundlagen und klare Organisationsstrukturen zu geben. Gründe sind beispielsweise veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen oder der Zwang zu unkonventionellen Finanzierungs- und Fundraising-Aktivitäten.

Der Workshop »Arbeit im Verein« (10.–11. Juni 2011 in Weimar) soll kleinere Initiativen, Projekte und Non-Profit-Organisationen dabei unterstützen, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen bei einer Vereinsgründung zu gestalten und die Vereinsorganisation prozessorientiert weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Workshops sollen

- Kerninformationen zu den Grundlagen des Vereins-, Steuer- und (vereinsbezogenen) Arbeitsrechts vermittelt werden;
- die Teilnehmer/innen bei der Ausarbeitung einer Satzung unterstützt und beraten werden;
- die Wege zur Vereinsgründung in allen (vereins-, steuer- und organisationsrechtlichen) Facetten erarbeitet werden;
- die Wege der internen Organisationsentwicklung in der Startphase ausführlich diskutiert und
- Hilfsmittel und Informationen zur ständigen (Selbst-)Überprüfung dieses Prozesses an die Hand gegeben werden.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel (sippel@mitarbeit.de)

Unterstützung und Anerkennung

Deutsches Spendenparlament

Im Dezember haben die Deutschen Spendenparlamentarier/innen über die Vergabe der im Jahr 2010 vereinbarten Mittel abgestimmt. Auf Vorschlag von *Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast*, Spendenparlamentarierin, Publizistin und Staatssekretärin a.D., erhielt die Stiftung MITARBEIT 2.000 Euro.

Das Deutsche Spendenparlament versteht sich als »Kompetenzgremium für gute Taten«, das den Spender/innen besondere Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte einräumt. Der als gemeinnützig anerkannte Trägerverein »Deutsches Spendenparlament e.V.« wurde im Jahr 2002 gegründet. Durch eine gezielte Förderung der Spendenbereitschaft und besondere Spendenaktionen werden Geldmittel zur Unterstützung gemeinnütziger Projekte akquiriert.

Nähere Informationen bei Deutsches Spendenparlament e.V., A Sternstraße 16, 30167 Hannover, Tel. (05 11) 7 10 05 34, Fax: (05 11) 7 10 05 83, info@deutsches-spendenparlament.de, www.deutsches-spendenparlament.de

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel,
Dr. Henning von Vieregge

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.